

"Internationale Menschenkette gegen Braunkohleabbau verbindet Deutschland und Polen Besuch in der Lausitz hinterlässt große Betroffenheit bei Oberpfälzer Klimaschützern

Im Grenzfluss Neiße stehen Menschen bis zur Hüfte im Wasser und halten ein Transparent in die Höhe: „Unsere Zukunft ist Erneuerbar“. Sie sind Teil der Anti-Kohlen-Kette, einer großen Protestaktion gegen den Klimakiller Braunkohle. Mehr als 7500 Menschen verbanden Hand in Hand das Dorf Kerkwitz in der Lausitz mit dem polnischen Grabice jenseits der Neiße. Beide Orte sind von der Abaggerung für den Braunkohletagebau bedroht.

Dem Aufruf von Greenpeace folgten viele Klimaschützer aus ganz Deutschland und Polen, aber auch aus Ländern wie Russland, Ungarn, Bulgarien und Südafrika. Busse mit jungen Greenpeace-Aktivisten aus Slowenien, Holland, England und Frankreich trafen ein, um gegen die Fortführung der Energieerzeugung mit Braunkohle und anderen fossilen Brennstoffen zu protestieren. Auch aus der Oberpfalz reisten 30 Klimaschützer zur Menschenkette am 23. August an.

Im Rahmen des einwöchigen Klimacamps vor der Menschenkette fand auch eine Radtour durch die bedrohten Orte statt. Ein Experte aus Kerkwitz erklärte dabei eindrucksvoll die Situation der Menschen in den an den Tagebau grenzenden Dörfern.

Dass beim Tagebau Ortschaften einfach abgebaggert werden, ist nichts Neues. Die Menschen leiden schon seit Jahrzehnten unter Enteignung und Zwangsumsiedlung. Neu ist aber, dass sie sich mit Hilfe der Klimaschutzbewegung organisiert gegen den schwedischen Kohleriesen Vattenfall und das Bergrecht wehren, welches dem Kohleabbau alles ermöglicht, die Menschen aber nicht schützt

Wollten Bürger eine Entschädigung für einen vergifteten oder ausgetrockneten Brunnen oder für Risse in der Hausmauer oder gar für eine gesundheitliche Schädigung eines Kindes durch giftigen Staub, müssten sie selbst den Beweis erbringen, dass die Schädigung durch den Bergbau verursacht wurde. Auch wenn man über das Geld für Gutachten und Klage verfügt, dürfte der Beweis schwer zu erbringen sein. Die Beweislast liegt jedenfalls nicht beim Tagebaukonzern.

Gerade diese Erkenntnis bestärkte die Oberpfälzer Klimacamp-Teilnehmerinnen Hilde Lindner-Hausner und Sonja Schuhmacher, beide engagiert bei der BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt/WN und im Bündnis Weidener Becken gegen Fracking, in ihrem Einsatz für eine Änderung des Bergrechts, denn erst das Bergrecht ermöglicht Fracking im Weidener Becken „Nach geltendem Recht können Behörden die Genehmigung für Fracking-Konzerne in Bayern ebenso wenig verweigern wie für die Abaggerung von Dörfern, Wäldern, Seen und Naturschutzgebieten in der Lausitz. Deshalb brauchen wir ein Bundesrecht, das die Menschen schützt und nicht die Förderung klimaschädlicher Brennstoffe.“, so Sonja Schuhmacher."

[Klicken Sie hier, um die Fotoauswahl „Kohlekette“ aufzurufen..](#)

Weitere Info über die Menschenkette gibt es bei humanchain.org.

**Das haben wir aus unserem Besuch gelernt:
Fracking und Braunkohleabbau unterliegen dem Bergrecht
Fracking und Braunkohle sind eine extreme Gefährdung für Umwelt, Natur,
Gesundheit und Klima
Fracking und Braunkohle behindern die dezentrale Energiewende**

Außerdem braucht Braunkohle Stromtrassen, da sie vor Ort verstromt werden muss, weil sie einen sehr hohen Feuchtigkeitsgrad (mehr als 40 %) hat und deshalb nicht transportiert werden kann.

Sonja und Hilde